

Franz-Karl Nieder

Pestizide in der Landwirtschaft Deutschlands

Der Weltnaturgipfel in Montréal 2022 hat beschlossen, den Einsatz von Pestiziden zu halbieren. Gleichzeitig wird die Zulassung für Glyphosat in der EU verlängert. Glyphosat ist der bekannteste und auch der umstrittenste Pestizidwirkstoff. Die Europäische Kommission hat die Zulassung von Glyphosat bis zum 15. Dezember 2023 verlängert, damit die Lebensmittelbehörde EFSA mehr Zeit hat, neue Studien und mögliche Risiken zu prüfen.

Etwa 4000 Tonnen Glyphosat werden in Deutschland jährlich versprüht. Das entspricht etwa zehn Prozent der insgesamt in der Bundesrepublik abgesetzten Pestizidwirkstoffe. Vor 25 Jahren ist deutlich weniger Glyphosat in Deutschland eingesetzt worden als heute, sagt Jörn Wogram, Leiter des Fachgebiets Pflanzenschutzmittel im Umweltbundesamt. Die Einsatzmöglichkeiten für das Unkrautvernichtungsmittel wurden in den vergangenen Jahren, noch unter der Merkel-Regierung, eingeschränkt. Dennoch stellt Wogram fest: „Wir sehen derzeit keinen eindeutigen Trend für einen Rückgang.“

Glyphosat ist ein Breitbandherbizid. Alle Pflanzen, mit denen es in Berührung kommt, tötet es ab, auch solche Pflanzen, die gar nicht bekämpft werden müssen. Das Ackerstiefmütterchen etwa ist eine relativ kleine Pflanze, die nicht in Konkurrenz zu Getreidepflanzen steht. „Solche Pflanzen sind ökologisch betrachtet sehr wichtig für Insekten.“ Davon abhängig ist zum Beispiel der kleine Perlmutterfalter. Die Raupen fressen die Blätter des Ackerstiefmütterchens. „Wenn dieser gesamte Pflanzenbewuchs beseitigt wird, dann sind eben auch die Insekten und in der Folge auch Feldvögel, die von den Insekten leben, stark betroffen“, erklärt Wogram. In Deutschland führe das dazu, dass die Bestände beim Rebhuhn „sehr stark eingebrochen sind und lokal das Rebhuhn ausgestorben ist“. Aber auch der Bestand der Feldlerche ist stark zurückgegangen.

EU und Weltnaturgipfel haben ein Ziel formuliert: Der Einsatz von Pestiziden soll bis 2030 halbiert werden. Die überwiegende Zahl der Mittel beeinträchtigt Tiere und Pflanzen. Deswegen ist es nötig, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern und den Anteil der pestizidfrei bewirtschafteten Flächen deutlich zu erhöhen.

„Leider sehen wir bei der Verwendung von Pestiziden in Deutschland keinen eindeutigen Abwärtstrend“, sagt Jörn Wogram. Die Menge der in Deutschland verwendeten Pestizide ist weiterhin sehr hoch, auch im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EU, wie beispielsweise Dänemark. Dort wurden Maßnahmen ergriffen, um den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. So wurde eine Pestizidsteuer eingeführt. Das so eingenommene Geld wird für landwirtschaftliche Beratung eingesetzt. So ist es in Dänemark gelungen, die Verwendung von Pestiziden tatsächlich zu senken.

In der Bundesrepublik wie auch in der gesamten EU verzeichnen Forscher einen dramatischen Rückgang der Insektenfauna. „In Deutschland gibt es gerade mal noch zehn Prozent der in den frühen 1980er-Jahren bei uns herum fliegenden Schwebfliegen“, erklärt Jörn Wogram. Die Larven der Schwebfliegen sind aber wichtige Helfer der Landwirtschaft; sie vertilgen Blattläuse. Hier ist besonders die Landwirtschaft gefordert; es müssen mehr Flächen ohne Pestizide geschaffen werden.

Ab 2023 gelten neue Förderregeln der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU. Dabei haben sich die Mitgliedstaaten darauf geeinigt, vier Prozent der Ackerflächen vorübergehend aus der Produktion zu nehmen. Solche Brachen sollen dem Schutz der Artenvielfalt dienen. Ursprünglich war ein Flächenanteil von zehn Prozent diskutiert worden. Umweltverbände kritisierten, dass der Anteil von vier Prozent zu gering sei.

Mit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und der damit ausgelösten Weizenkrise forderten Bauernverbände und konservative Politiker eine erneute Bewirtschaftung der Brachflächen, um so Getreide anzubauen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) gab dem Druck nicht nach und verwies auf die Bedeutung dieser Flächen für die biologische Vielfalt.

Ernährungssicherheit kann nur mit Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt erreicht werden, so ein Sprecher des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). „Deshalb setzt die Bundesregierung auf eine Agrarpolitik, die Klimaschutz und Artenvielfalt (Biodiversität) als Voraussetzung für eine nachhaltige, krisenfeste und damit zukunftsfähige Landwirtschaft berücksichtigt.“ Ziel ist es, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erheblich zu reduzieren. Das BMEL will 2023 dazu ein Programm vorlegen. Die Bundesregierung setzt aber auch auf mehr Ökolandbau: Bis 2030 sollen 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet werden. Zurzeit liegt der Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen erst bei elf Prozent. Neue Förderanreize sollen die Bereitschaft, auf Ökolandbau umzusteigen, unterstützen.

Quelle: Doris Fenske, Bayerischer Rundfunk